

An die Bezirksregierung Arnsberg
Abt. 6 Bergbau und Energie in NRW
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Stadt _____

Datum

Widerspruch

Als von der Mitverbrennung von Ersatzbrennstoffen in Hürth betroffener Bürger lege ich Widerspruch gegen das Vorhaben ein.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist die Verbrennung in den Wirbelschichtfeuerungen trotz Koksabsorptionstechnik den weit leistungsfähigeren Müll- und Sonderabfallverbrennungsanlagen unterlegen, weil weniger toxische Schadstoffe zurückgehalten werden und damit die Umwelt weniger geschont wird.

Dass die Grenzwerte für problematische Schadstoffe, vor allem Dioxine und Furane und andere Halogenkohlenwasserstoffe, auf die es ankommt, angesichts unterschiedlichster möglicher undefinierter Brennstoffgemische in jedem Fall eingehalten werden, ist weder erwiesen noch gründlich belegt.

Noch weniger ist sichergestellt, dass es nicht auf Dauer trotz Einhaltung von einigen Grenzwerten durch die nicht zu vernachlässigenden Massenströme zu weiteren Anreicherungen von Schadstoffen in der Umwelt kommt.

Ich gehe davon aus, dass die Umgebung der Kraftwerke eine noch höhere Belastung nicht mehr tolerieren kann, wie sie aus der Erhöhung des Klärschlamm- und Altholzanteils und Einbeziehung weiterer gefährlicher belasteter Brennstoffe (z. B. Flüssigbrennstoffe, gefährliche Abfälle, Müll resultiert.

Die Höchstgrenzen für Halogene (Chlor, Fluor) und einige Schwermetalle (Quecksilber) in den Ersatzbrennstoffen halte ich für zu hoch angesetzt.

Die strengen Auflagen der 17.BImSchV werden bei der Mitverbrennung nicht oder nur mit Ausnahmegenehmigungen eingehalten. Insbesondere liegen die Temperaturen zu niedrig. Das kann grundsätzlich zu einer unvollständigen Zerstörung von halogenierten Kohlenwasserstoffen und zu einer Begünstigung der Neubildung von Schadstoffen (Dioxine, Furane) führen.

Ich fordere, dass die bisherigen Genehmigungen angesichts des aktuellen Kenntnisstandes über die Schadstoffbelastung der Umgebung der Kraftwerke und wegen der Nichtbeachtung des erforderlichen Abstandes zu der Wohnbebauung dringend in Frage gestellt werden.

Name (Nachname, Vorname)	Anschrift (Ort, Straße, Nr.)	Unterschrift
1.		